



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang und Fraktion (AfD)**

EU-Klimaaktivismus stoppen – Demokratie schützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unsere demokratischen Institutionen zu schützen und sich auf allen Ebenen gegen Klimaalarmismus einzusetzen.

Begründung:

Das Ausrufen undurchsichtiger „Klimanotstände“¹ soll Notstandssituationen suggerieren und vorgeben in höchster Not zu handeln. Notstandsregelungen und Gesetze haben den Zweck die Gesetzgebung in Krisenzeiten von den üblicherweise dafür vorgesehenen Organen zu entkoppeln, zu beschleunigen und zu vereinfachen. Dies verdeutlicht die wahren Absichten der hier in extremem Maße undemokratisch agierenden Klimabewegungen: die Einflussnahme auf unsere demokratischen Institutionen ohne Legitimation!

Die mediale Berichterstattung wird hierbei genutzt, um ein umfassendes Meinungsbild fernab von wissenschaftlicher Realität und ergebnisoffener Debattenkultur zu schaffen. Kritische Stimmen werden ignoriert, diskreditiert und schließlich vom wissenschaftlichen Diskurs ausgeschlossen.²

Ein medial inszenierter Klimahype bedroht die Freiheit der Menschen. Er zerstört bereits jetzt die Umwelt und die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes und droht nun auf die gesamte EU übergreifen. Richtungsweisende Entscheidungen dürfen nicht in die Hände von einigen wenigen EU-„Eliten“ gelegt werden – die Subsidiarität aller EU-Staaten ist unter allen Umständen zu schützen.

Die Förderung nicht zukunftsfähiger, unwirtschaftlicher und umweltschädlicher Technologien führt nicht nur zu unverhältnismäßigen Belastungen für unsere Bürger, sondern schädigt unsere Ökosysteme in einem zunehmenden und mittlerweile intolerablen Maß. Unter diesen Voraussetzungen abzusehende politische Amokläufe zerstören die langfristige Planungssicherheit, die für die Entwicklung und Ansiedlung von Unternehmen, dem Motor unseres Wohlstandes, unerlässlich ist. Arbeitsplätze fallen nicht nur weg, sondern werden gar nicht erst geschaffen. Eine Umverteilung von hart erwirtschaftetem Steuergeld unserer Leistungsträger an wenige Profiteure der „Klimalobby“ ist inakzeptabel. Das Ausrufen von Klimanotständen schürt einen Alarmismus, der unsere Gesellschaft zunehmend spaltet und nachhaltig und irreversibel schädigt.

Wir werden uns dafür einsetzen unsere Bürger uneingeschränkt aufzuklären und sie zu ermutigen einen unvernünftigen und fehlgeleiteten „Klimaschutz“ kritisch zu hinterfragen. Umfassender Umweltschutz geht nämlich weit über die fehlgeleitete Klimadebatte hinaus.

¹ <https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-klimanotstand-parlament-beschluss-1.4701180>

² <https://www.welt.de/dieweltbewegen/article13853684/Geht-die-Klimakatastrophe-an-der-Erde-vorbei.html>